

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christoph Birghan, Dr. Michael Kaufmann, Alexander Arpaschi, Adam Balten, Andreas Bleck, Dr. Michael Blos, René Bochmann, Erhard Brucker, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Tobias Ebenberger, Alexis L. Giersch, Mirco Hanker, Udo Theodor Hemmelgarn, Stefan Henze, Olaf Hilmer, Karsten Hilse, Dr. Malte Kaufmann, Kurt Kleinschmidt, Heinrich Koch, Achim Köhler, Knuth Meyer-Soltau, Arne Raue, Dr. Rainer Rothfuß, Volker Scheurell, Lars Schieske, Martina Uhr, Sven Wendorf, Dr. Daniel Zerbin, Kay-Uwe Ziegler, Jörg Zirwes und der Fraktion der AfD

Wissenschaftsspionage eindämmen und bekämpfen – Den Wissenschaftsstandort Deutschland sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Wissenschaftsspionage ist ein Angriff auf den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Deutschland. Zum Wesen der Wissenschaftsspionage gehört es, dass viele Fälle unentdeckt bleiben. Bei Fällen, über die Kenntnis erlangt wird, gehört es wiederum zur Natur der Sache, dass mit ihnen sensibel im Sinne sicherheitspolitischer Erwägungen umzugehen ist. Und schließlich gibt es Fälle, von denen die Öffentlichkeit durch Berichterstattung erfährt.

Die Sicherheitsbehörden und andere mit Wissenschaftsspionage befasste Institutionen haben verschiedentlich darauf hingewiesen, dass in den meisten Fällen nicht klassische Agenten tätig würden, sondern über Kooperationen, Gastaufenthalte, Konferenzen, Forschungsnetzwerke oder gezielte Kontaktanbahnungen Verbindungen aufgebaut werden, die dann ggf. geheimdienstlich genutzt werden könnten.¹

In den letzten Wochen war in den Medien von einem Fall mutmaßlicher Spione für China zu lesen, die zu zahlreichen Wissenschaftlern und

¹ Vgl. beispielhaft die Stellungnahme von Prof. Dr. Christian Hummert zum Fachgespräch des Ausschusses für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung zum Thema „Forschungssicherheit“ am 05.11.2025, Ausschussdrucksache 21(18)24a vom 29. Oktober 2025; die Stellungnahme von Claudia Plattner zum Fachgespräch „Forschungssicherheit“ des Ausschusses für Forschung, Technologie, Raumfahrt und Technikfolgenabschätzung am 5. November 2025, Ausschussdrucksache 21(18)24c; Deutscher Bundestag das öffentliche Fachgespräch „Forschungssicherheit“ vom 5. November 2025: <https://www.bundestag.de/ausschuesse/forschung/sitzungen/1118524-1118524>

Forschungseinrichtungen enge Kontakte gepflegt hätten. Eine der betroffenen Einrichtungen ist die RWTH Aachen. Nach Medienberichten stehen RWTH-Angehörige selbst nicht unter Tatverdacht; vielmehr geht es um Kontakte und Vorträge im Umfeld mutmaßlicher geheimdienstlicher Anbahnungen. Betroffen sind die Bereiche Luft- und Raumfahrttechnik sowie Informatik und Künstliche Intelligenz.² Der Fall ordnet sich ein in eine Reihe weiterer Fälle mutmaßlicher geheimdienstlicher Agententätigkeit für chinesische Sicherheitsdienste an deutschen Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen.³

Der gravierendste Fall mutmaßlicher Wissenschaftsspionage in jüngerer Zeit eignete sich am Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit CISPA. Dort wird in höchstem Maße sicherheitsrelevante Forschung zur Cybersicherheit betrieben. Dennoch bestanden ganze Forschungsgruppen fast ausschließlich aus Forschern mit chinesischer Staatsangehörigkeit,⁴ mehr als 100 wissenschaftliche Studien sind an Forschungseinrichtungen in China gelangt. Darunter auch Hochschulen, die auf der Sanktionsliste der USA stehen.⁵ In diesem Zusammenhang gewinnt die Tatsache, dass China seit 2017 alle seine Bürger gesetzlich verpflichtet, mit den Nachrichtendiensten zusammenzuarbeiten, besondere Bedeutung.⁶

Festzuhalten bleibt, dass die Zahl der bestätigten und gerichtlich nachgewiesenen Fälle von Wissenschaftsspionage an deutschen Forschungseinrichtungen geringer ausfällt als die Zahl der Verdachtsfälle und Warnungen von Sicherheitsbehörden. Zudem ist im Zusammenhang mit Spionage naturgemäß von einer hohen Dunkelziffer auszugehen.

Der volkswirtschaftliche Schaden, der Deutschland durch Wissenschafts- und Wirtschaftsspionage entsteht, ist enorm. Für die Wirtschaft liegen Hochrechnungen vor, nach denen der Schaden durch Datendiebstahl, Spionage und Sabotage im Jahr 2025 rund 289 Milliarden Euro betrug.⁷ Für Einrichtungen von Forschung und Wissenschaft liegen vergleichbare Zahlen leider bisher nicht vor.

Wissenschaftsspionage bedroht Deutschland somit auf drei Ebenen: Innere und äußere Sicherheit, volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit und zukünftige wissenschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Andere Länder, wie etwa die USA, begegnen dieser Bedrohung bedeutend entschlossener und wirkungsvoller.⁸ Deutschland hingegen hat hier dringenden Nachholbedarf, wie der Wissenschaftsrat in einem Positionspapier vom Mai 2025 unterstreicht.⁹

Zugleich muss dafür Sorge getragen werden, dass Wissenschaftler nicht zur Vermeidung jeglicher Risiken, Kooperationen vorschnell beenden, neue Kooperationen meiden oder den Austausch grundsätzlich verweigern. Der Schutz des Wissenschaftssystems und die Gewährleistung der Wissenschaftsfreiheit sind daher in angemessener Weise gegeneinander abzuwägen.

² Vgl. <https://www.zeit.de/news/2026-05/20/rwth-aachen-von-spionage-fuer-china-betroffen>; <https://www.sueddeutsche.de/politik/spionage-china-wissenschaftsspionage-militaer-festnahmen-universitaet-li.3486416>; <https://table.media/research/news/wissenschaftsspionage-fuer-china-was-die-rwth-zu-dem-fall-sagt>.

³ Vgl. <https://www.zeit.de/news/2025-06/16/chinesische-studentin-in-muenchen-unter-spionageverdacht>; <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/technologie-deutschlands-hochschulen-reaktionen-auf-bedrohung-durch-spionage/100180520.html>

⁴ <https://taz.de/Helmholtz-Zentrum-im-Saarland/!6190566/>

⁵ <https://www.merkur.de/politik/helmholtz-zentrum-cispa-18-von-19-forschern-in-it-sicherheitsgruppe-aus-china-94366996.html>

⁶ https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/praevention_wirtschafts-_und_wissenschaftsschutz/chinas-neue-wege-der-spionage.html; <https://www.nzz.ch/international/bundesverfassungsschutz-immer-mehr-chinesische-spionage-in-deutschland-ld.1829919>

⁷ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/schaden-spionage-sabotage-wirtschaft-100.html>

⁸ <https://bidenwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2022/01/010422-NSPM-33-Implementation-Guidance.pdf>

⁹ https://www.wissenschaftsrat.de/download/2025/2485-25.pdf?__blob=publicationFile&v=11

Die geplante, beim Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt angesiedelte, Nationale Plattform für Forschungssicherheit kann ein erster Schritt sein, geht aber nicht weit genug, da sie im Wesentlichen nur bereits bestehende Ansätze bündelt und zentralisiert.¹⁰

Die im Folgenden aufgestellten Forderungen stehen ausdrücklich nicht im Gegensatz zur Wissenschaftsfreiheit, sondern sind angesichts der aktuellen Bedrohungslage eine wesentliche Voraussetzung der Freiheit von Forschung und Lehre.

Die Forderungen orientieren sich teilweise an internationalen Beispielen, insbesondere an US-amerikanischen Vorgaben zur Forschungssicherheit, sind aber angepasst an deutsche Grundrechte, Datenschutz und Wissenschaftsfreiheit. Der mögliche Einwand, die geforderten Maßnahmen könnten ausländische Forscher abschrecken, in Deutschland zu forschen, ist daher nicht plausibel.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Unter Einbeziehung der deutschen Sicherheitsbehörden eine umfangreiche Bestandsaufnahme vorzunehmen, wie forschungsintensive Länder im globalen Vergleich mit dem Problem der Wissenschaftsspionage umgehen, welche Maßnahmen sie zum Schutz ihrer wissenschaftlichen Innovationen ergriffen und welche sich als zielführend erwiesen haben;
2. bezogen auf das Problem der Wissenschaftsspionage eine Zusammenarbeit der Länder und des Bundes sicherzustellen, um ein einheitliches Lagebild zu gewährleisten;
3. eine Liste zu erstellen, bei welchen internationalen Kooperationspartnern Sicherheitsbedenken vorlagen bzw. welche Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Institute oder Forscher voraussichtlich nicht vertrauenswürdig sind;
4. Verordnungen und Durchführungsrichtlinien zu erlassen, die
 - a. verlangen, dass Zuwendungsempfänger relevante Interessen- und Loyalitätskonflikte, einschließlich zweckgebundener finanzieller Zuwendungen, offenlegen; Zuwiderhandlungen sind mit angemessenen Sanktionen zu verknüpfen. Entsprechende Erklärungen müssen jährlich erneuert und aktualisiert werden;
 - b. sicherstellen, dass Organisationen, die Forschungsförderung des Bundes erhalten, Regeln und Prozesse implementiert haben und anwenden, mit denen potenzielle Risiken für die Sicherheit von Forschungsdaten identifiziert und gehandhabt werden können;
 - c. Forschungseinrichtungen, die Forschungsförderung des Bundes erhalten, verpflichten, alle nach Buchstabe b. ermittelten Risiken gegenüber dem zuständigen Ministerium offenzulegen;
 - d. verbindlich vorschreiben, dass Forscher, Lehrkräfte und Studenten aus Staaten, die im Verdacht stehen, Wissenschaftsspionage zu betreiben, regelhaft einer vertieften Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden;¹¹
 - e. vorschreiben, dass Gastforscher einen personengebundenen, befristeten und widerrufbaren digitalen Identitätsnachweis erhalten, der für den Zugriff auf sensible Forschungsdaten zwingend zu verwenden ist;

¹⁰ https://www.bmfr.bund.de/DE/Forschung/International/Forschungssicherheit/forschungssicherheit_node.html

¹¹ <https://www.sicherheitsrelevante-forschung.org/wp-content/uploads/2024/11/Taetigkeitsbericht-GA-2024.pdf>, S.13

- f. sicherstellen, dass Forschungseinrichtungen und Forscher jederzeit über die notwendigen Informationen verfügen, um Risiken für die Sicherheit von Forschungsdaten realistisch einschätzen zu können, auch wenn diese ansonsten dem Geheimschutz unterliegen;
5. die über den Pakt für Forschung und Innovation mit Selbstbewirtschaftungsmitteln bedachten Wissenschaftsorganisationen zu verpflichten, die vorgenannten Anforderungen ebenfalls verbindlich umzusetzen;
6. bei der Nationalen Plattform für Forschungssicherheit eine risikobasierte, datenschutzkonforme Hinweis- und Prüfinfrastruktur mit abgestuften Zugriffsrechten, klaren Löschfristen und Rechtsschutzmöglichkeiten anzulegen, in der alle Gastprofessoren, -studenten und -forscher erfasst werden, einschließlich ihres Werdegangs, bestehender und früherer Verbindungen zu ausländischen Einrichtungen und bestehender Verdachtsmomente und inländischen Forschungseinrichtungen permanenten Zugang zu gewähren.

Berlin, den 13. Oktober 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.